

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

### Nachprüfung von Asylbewerbern durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Dolmetscher des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) müssen als Konsequenz auf den Fall Franco A. künftig Zweifel an der Herkunft eines Asylsuchenden melden. Alle 8 000 Verträge der Dolmetscher wurden entsprechend angepasst. Gleichzeitig sind alle BAMF-Mitarbeiter verpflichtet, bei den Dolmetschern nach „Unstimmigkeiten in der Sprache“ zu fragen. Des Weiteren sollen 100 000 Asylentscheidungen nachgeprüft werden. Im Fokus stehen dabei 18- bis 35-jährige unverheiratete Männer aus den zehn wichtigsten Herkunftsländern insbesondere aus Syrien und Afghanistan.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Werden die Dolmetscher der rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden und der Polizei auch vertraglich verpflichtet werden, künftige Zweifel an der Herkunft eines Asylsuchenden zu melden? Wenn nein, warum nicht?
2. Werden die Mitarbeiter der rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden und der Polizei auch verpflichtet werden, bei den Dolmetschern nach „Unstimmigkeiten in der Sprache“ zu fragen? Wenn nein, warum nicht?
3. Wird die Landesregierung das BAMF bei der Nachprüfung der 100 000 Asylentscheidungen unterstützen? Wenn nein, warum nicht?
4. Wird bei den rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden auch eine Stimmenssoftware eingesetzt, die anhand des Dialekts Hinweise auf das Herkunftsland gibt? Wenn nein, wann wird eine solche Software eingeführt?
5. Wie hoch ist die Zahl der vollziehbar ausreisepflichtigen Personen in Rheinland-Pfalz (bitte aufgegliedert nach Staatsangehörigkeiten)?
6. Wie viele Fälle sind der Landesregierung bekannt, wo sich Asylbewerber aus Angst vor einer Abschiebung selbst bezichtigt haben, in ihrem Heimatland eine schwere Straftat begangen zu haben, die sich im Nachgang als erfunden herausstellte? Was wird in solchen Fällen unternommen?
7. Wie steht die Landesregierung zu der Anregung, das Land Georgien als einen sichereren Herkunftsstaat einzustufen?

Matthias Lammert